

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Klimaschutz, Mobilität und Planung
am Freitag, dem 24.11.2023, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:00 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht der Verwaltung	5
3.	Entsorgungsentgelte 2024	220/2023 6
4.	Sachstand Revision WestfalenTarif GmbH (WTG)	232/2023 7
5.	Erlass einer allgemeinen Vorschrift zum DeutschlandTicket (DT) in 2024	233/2023 9
6.	Tarifmaßnahme zum 01.08.2024 im Westfalen-Tarif für das Münsterland	226/2023 11
7.	Sachstand Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus	224/2023 12
8.	Förderprojekt "Ways2Work" im Rahmen des Betrieblichen Mobilitätsmanagements	231/2023 13
9.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2024	210/2023 15
10.	Anfrage der FWG-Fraktion zum Thema "Kommunale Wärmeplanung"	235/2023 19

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Blex, Christian, Dr.	
Budde, Heinrich	
Claßen, Anne	
Dufhues, Hannelore	
Grap, Valeska	
Grobecker, Hubert	
Gutsche, Guido	
Hamann, Maria	
Heringloh-Poll, Norbert	
Maschelski-Werning, Sophia L.	
Nienkemper, Dorothea	Vertretung für Herrn Lepper
Ommen, Detlef	
Richter, Konrad	
Rosenbaum, Ulf	
Schlösser, Ulrich	
Schmedding, Josef	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Vöcking, Knud	Vertretung für Frau Ströse
Welscheit, Martin	Vertreter für Herrn Marx
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Glinka, Nicole	
Hackelbusch, André	
Kalthoff, Manuela	
Terwey, Martin	
Hehl, Matthias	

Der Ausschussvorsitzende, Herr Guido Gutsche, eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung mit der Einladung vom 13.11.2023 fristgerecht erfolgt ist.

Herr Gutsche beantragt, dass die Tagesordnungspunkte 8 – 10 vorgezogen werden sollen. Dem stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen, da kein Einwohner / keine Einwohnerin anwesend ist.

2. Bericht der Verwaltung

Landschaftsplan Oelde

Herr Terwey erklärt, dass es eine gesetzliche Verpflichtung zur flächendeckenden Aufstellung von Landschaftsplänen gebe. Er ergänzt, dass sich der LP Oelde im Vorentwurfsstadium befinde und es aufgrund geänderter Rahmenbedingungen, wie z. B. die Pflanzenschutzanwendungsverordnung wichtig sei, die Entwicklungsflächen noch einmal erneut und sehr intensiv zu betrachten. Aktuell habe ein Gesetz zur Reduktion von Pestiziden in Landschaftsschutzgebieten im EU-Parlament keine Zustimmung erhalten. So bestehe jetzt die Möglichkeit, das LP-Verfahren weiter gezielt voranzutreiben. Ziel des Kreises Warendorf sei die Aufstellung eines inhaltsvollen Landschaftsplans, der die verschiedenen unterschiedlichen Interessen entsprechend berücksichtige.

Klimaschutzpreis und European Energy Award

Herr Hackelbusch kündigt für Anfang 2024 an, den Klimaschutzpreis erneut ausloben zu wollen. Zudem weist Herr Hackelbusch darauf hin, dass das Re-Audit zum EEA ebenfalls in 2024 anstehe.

Herr Hackelbusch weist auf den Sanierungsleitfaden hin, der unter dem folgenden Link aufgerufen werden kann: [Kreisverwaltung Warendorf: Planen, Bauen und Sanieren \(kreis-warendorf.de\)](https://www.kreis-warendorf.de/planen-bauen-sanieren).

3. Entsorgungsentgelte 2024

220/2023

Herr Dr. Bleicher erläutert die ausführliche Vorlage zu den Entsorgungsentgelten und weist auf die Beschreibung der Abfallwege hin. Ebenso zeigt er auf, dass in einigen Bereichen, wie z. B. Strom, Gas und Diesel, Kostensenkungen zu verzeichnen seien. Herr Dr. Bleicher weist darauf hin, dass es sich insgesamt um eine leichte moderate Erhöhung der Entsorgungsentgelte handele. Die Thematik wurde auch ausführlich im Aufsichtsrat der AWG vorgestellt und unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kreistages beschlossen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Gutsche (CDU) die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Den Entsorgungsentgelten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19

4. Sachstand Revision WestfalenTarif GmbH (WTG)

232/2023

Herr Gutsche (CDU) begrüßt Herrn Hehl, den Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft. Dieser erläutert zunächst die Aufgaben der WestfalenTarif GmbH und stellt anhand der beigefügten Präsentation die geplante neue Organisationsstruktur vor. Er kündigt an, dass die kommunale Beteiligung erfolgen werde, sobald der Gutachter die entsprechenden Konkretisierungen vorgenommen habe. Herr Hehl ergänzt, dass die neue schlankere Struktur dazu diene, den neuen Herausforderungen besser gewachsen zu sein und man dadurch weiterhin als kompetenter Dienstleister zur Verfügung stehen wolle.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei Herrn Hehl für die ausführlichen Informationen.

Auf Nachfrage von Herrn Budde (CDU) erklärt Herr Hehl, dass es nicht möglich sei, bei jeder Erlösänderung eine Änderung der Stimmanteile vorzunehmen.

Herr Terwey kündigt an, dass durch die zunehmende Zahl der gemeinwirtschaftlich betriebenen Linienbündel der Erlösanteil des Kreises Warendorf höher werde.

Frau Nienkemper (FWG) stellt fest, dass die Kosten ohne eine organisatorische Änderung weiter steigen werden.

Daraufhin ergänzt Herr Hehl, dass es nicht möglich sei, jeden regionalen Einfluss zu beachten, da es schwierig würde, wenn jeder erlösverantwortliche Partner seine eigenen Wünsche umsetzen möchte. Wichtig sei für die Nutzung des ÖPNVs eine Vereinfachung der Tarifgestaltung.

Herr Dr. Bleicher fügt hinzu, dass sich die wesentlichen, in der Präsentation dargestellten Mehrkosten, aus der Beteiligung an der RVM ergeben, da diese anteilig auf den Kreis Warendorf umgerechnet werden (ca. 25 Prozent).

Herr Ommen (SPD) erklärt, dass er Vorsitzender im Tarifausschuss des NWL sei und die ausschließliche Entscheidungsgrundlage nicht nur der finanzielle Aspekt sein dürfe. Er sieht es als wichtig an, dass nun die Phase C begonnen werde, damit die Auswirkungen der Umstellung klarer zu erkennen seien.

Zum Abschluss der Diskussion hebt Herr Gutsche (CDU) hervor, dass der Informationsfluss zu dem Thema gut sei und der Ausschuss auf die Vertreter des Kreises Warendorf vertrauen könne.

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht und das Gutachten zur Phase B der Revision werden zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse dieses Berichtes werden als Grundlage zur Ausarbeitung der Phase C genutzt.
2. Die Aufgabenträger werden im Rahmen der Revision in die Diskussion zur zukünftigen Finanzierung wie auch zu den zukünftigen Aufgabenbereichen (bspw. der Einnahmeaufteilung) der Westfalentarif GmbH einbezogen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 18

Nein 0

Enthaltung 1 (AfD)

5. Erlass einer allgemeinen Vorschrift zum DeutschlandTicket (DT) in 2024	233/2023
--	-----------------

Herr Terwey weist auf die ausführlichen Erläuterungen in der Vorlage hin. Er erklärt, dass die Finanzierung des Deutschlandtickets in 2023 zu 100 Prozent gesichert sei. Allerdings sei die Finanzierung in 2024 und 2025 weiterhin mit Risiken behaftet. Herr Terwey führt aus, dass die Notwendigkeit bestehe eine Regelung zu finden, um die Zuschüsse zum Deutschlandticket beihilfekonform an die Verkehrsunternehmen weiterzugeben. Hierzu solle eine Allgemeine Vorschrift erlassen werden, die zunächst auf den 30.06.2024 befristet sei.

Herr Terwey fügt hinzu, dass in der ersten Sitzung in 2024 noch reagiert werden könne, falls erkennbar sei, dass die Mittel, die vom Bund und von den Ländern zur Verfügung gestellt werden, nicht ausreichen sollten.

Nach den Ausführungen bedankt sich Herr Gutsche (CDU) und Herr Ommen (SPD) wirft die Frage auf, was mit den Schülertickets passiere, da der 30.06.24 noch zum laufenden Schuljahr gehöre.

Herr Hehl fügt hinzu, dass das Land zunächst eine Befristung bis zum 30.04.2024 empfehle, da davon auszugehen sei, dass ab 01.05.2024 der Preis für das Deutschlandticket angehoben werden müsse. Er weist noch einmal auf die allgemein schwierige Finanzierungslage hin und deutet an, dass der Bund 2026 womöglich aus dem Deutschlandticket aussteigen werde.

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass bezüglich des Datums im Rahmen der ersten Sitzungsfolge 2024 noch Änderungsmöglichkeiten bestünden und fügt auf Nachfrage von Herrn Gutsche hinzu, dass für den Kreis keine Nachteile entstehen werden, wenn das Datum zunächst bestehen bleibe.

Herr Gutsche stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht zum aktuellen Stand des Deutschlandtickets wird zur Kenntnis genommen.
2. Die beigefügte allgemeine Vorschrift zur Anerkennung des Deutschlandtickets als Höchsttarif sowie zur Weiterleitung eines Ausgleichs hierfür mit einer Laufzeit vom 01.01.2024 bis zum 30.06.2024 wird beschlossen, soweit die „Richtlinien Zuwendungen Deutschlandticket ÖPNV NRW 2023“ über den 31.12.2023 hinaus verlängert werden.
3. Der Landrat wird beauftragt, die allgemeine Vorschrift im Amtsblatt bekannt zu geben.
4. Soweit die vollständige Finanzierung der Mindereinnahmen aus dem Deutschlandticket auch nach dem 30.06.2024 gesichert ist, wird die Verwaltung ermächtigt, die Gültigkeit der allgemeinen Vorschrift zum Deutschlandticket ent-

sprechend zu verlängern und den Höchstattarif entsprechend festzulegen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, ggf. notwendige Änderungen des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) mit der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) vorzunehmen.
6. Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der RVM werden angewiesen, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
7. Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Tarifgremien der WTG werden mandatiert, die zur Fortführung des DT notwendigen Beschlüsse zu fassen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 18
Nein 1 (AfD)

6.	Tarifmaßnahme zum 01.08.2024 im WestfalenTarif für das Münsterland	226/2023
-----------	---	-----------------

Herr Terwey erklärt die mit der Tarifmaßnahme einhergehende Preiserhöhung, die sich am allgemeinen Preis- und Lohnindex orientiere. Ergänzend fügt er hinzu, dass die Preiserhöhung theoretisch noch höher sei. Allerdings wurde ein Teil der Preiserhöhung bereits vorweggenommen.

Da es keine weiteren Fragen zu dieser Vorlage gibt, stellt der Ausschussvorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Beschlussgremien der Tarifgemeinschaft Münsterland-Ruhr-Lippe und des WestfalenTarifs werden mandatiert

- der Tarifmaßnahme in der inflationsbedingten Höhe von 5,5 % bis 6,0 % für die M-Preisstufen innerhalb des Tarifraumes Münsterland – Ruhr-Lippe und
- der Tarifmaßnahme in der inflationsbedingten Höhe von 6,5 % bis 7,5 % für die W-Preisstufen des WestfalenTarifes

zum 01.08.2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19

7. Sachstand Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus

224/2023

Herr Terwey erläutert kurz die Vorlage.

Frau Grap (B'90/Grüne) merkt an, dass die Themen, die nicht mit dem Part Klimaschutz und Umwelt zu tun haben, künftig in den jeweiligen anderen Fachausschüssen behandelt werden sollten, damit alle Zugang zu den Themen haben.

Herr Dr. Bleicher entgegnet, dass der UKMP zuständig sei und erklärt, dass Fragen zu anderen Themen aus den Fraktionen wie bisher auch in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt werden können. Bisher sei diese Vorgehensweise nicht beanstandet worden.

Herr Ommen (SPD) ergänzt, dass er seine Fraktionskollegen gebeten habe, sich die Vorlage anzusehen, damit dann die Möglichkeit bestehe, einen entsprechenden Bericht im jeweiligen Fachausschuss zu dem Thema zu beantragen. Er erklärt, dass er diese Vorgehensweise unterstütze.

Herr Schmedding (CDU) stimmt dieser Vorgehensweise ebenfalls zu.

Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass zunächst der UKMP zuständig sei. Allerdings bestehe die Möglichkeit auf Wunsch der Fraktionen zu einem bestimmten Thema aus dem KEP zu berichten.

Auf Nachfrage von Herrn Grobecker (B'90/Die Grünen) erklärt Herr Hackelbusch, dass der Bereich Klimaschutz seit dem Sommer wieder mit 1,5 Stellen besetzt sei.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8.	Förderprojekt "Ways2Work" im Rahmen des Betrieblichen Mobilitätsmanagements	231/2023
-----------	--	-----------------

Herr Terwey erläutert anhand der Vorlage das Projekt, welches zur Verbesserung der Mobilität auf dem Weg zur Arbeit beitragen soll. Er führt aus, dass eine Verbesserung der Erreichbarkeit der Unternehmen mit dem ÖPNV ein wichtiger Beitrag zur Mitarbeitergewinnung sei und somit zur Standortsicherung beitragen könne.

Des Weiteren erklärt er, dass es sich um ein mehrstufiges Förderverfahren handele und der Fokus auf der Schnellbuslinie S20 im Korridor Münster – Everswinkel – Warendorf liege. Derzeit sei man dabei ein Feinkonzept zu erarbeiten und der Jury vorzulegen. Zudem erklärt Herr Terwey, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein politischer Beschluss notwendig sei, da dieser Voraussetzung für eine positive Juryentscheidung sei.

Er ergänzt, dass einige Unternehmen Interesse gezeigt hätten und dass das Thema den Unternehmen nähergebracht werden solle.

Herr Grobecker (B'90/Grüne) begrüßt das Projekt sehr und bittet um Prüfung, ob die Linie über den Warendorfer Bahnhof hinaus bis zur Firma Miele führen könne.

Herr Ommen (SPD) hält das Projekt „Ways2Work“ für einen guten Einstieg in das Mobilitätsmanagement, welches zu einer Verbesserung der Infrastruktur führe. Er wünscht sich, dass das Projekt gut läuft und später auf andere Schnellbuslinien ausgeweitet werden könne. Er könnte sich vorstellen mehr Geld in den Haushalt einzustellen, wenn es keine entsprechende Förderung gebe.

Herr Blex (AfD) kritisiert, dass der Nahverkehr ohne Quersubventionierung nicht finanzierbar sei und es nicht zu verantworten sei, Gelder hierfür zu verwenden. Er erklärt, dass die AfD-Fraktion nicht zustimmen werde, da der Haushalt für solche Projekte keinen Raum ließe.

Daraufhin entgegnet Herr Schmedding (CDU), dass ein Nahverkehr, der sich selber trage, nicht hinzubekommen sei.

Frau Nienkemper (FWG) befürwortet das Projekt und stellt heraus, dass die Angebote weiter gefördert und forciert werden sollten und sie hofft, dass das Projekt auch nach drei Jahren noch fortgesetzt werde.

Frau Grap (B'90/Grüne) stellt heraus, dass es sich um ein tolles Konzept handele und dass junge Menschen heute andere Vorstellungen von Mobilität, gerade auch in Großstädten, haben. Deshalb müsse das Angebot verbessert werden. Sie fügt hinzu, dass dieses auch Wunsch der Wirtschaft sei.

Nach Ende der Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Das geplante Förderprojekt des Kreises Warendorf im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens „Ways2Work“ wird ausdrücklich begrüßt.
2. Vorbehaltlich eines positiven Votums der Wettbewerbsjury zum aktuellen Feinkonzept und der Zustimmung im Rahmen der Haushaltsberatungen wird einem konkreten Förderantrag und einer Umsetzung des Modellprojektes zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 18

Nein 1 (AfD)

9.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2024	210/2023
-----------	---	-----------------

Herr Gutsche (CDU) erklärt, dass zunächst über die vorliegenden Anträge beraten werde.

Anträge zum Haushalt:

Vorbericht V 68:

Antrag der FWG-Fraktion (5. Spiegelstrich)

Frau Nienkemper (FWG) erläutert den Antrag der FWG.

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass der Begriff „Reaktivierung“ im ganzen Münsterland für dieses Projekt verwendet wird und sich entsprechend etabliert habe.

Nach der Erläuterung von Dr. Bleicher, dass die Bezeichnung „Reaktivierung“ im Vorbericht zum Haushaltsplan keine negativen rechtlichen Folgen habe, erklärt Frau Nienkemper (FWG) den Antrag zu diesem Punkt als erledigt.

Produkt 090110:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen zum Modellversuch „On-Demand-Verkehr“

Herr Grobecker (B'90/Grüne) erläutert den Antrag seiner Fraktion und weist auch auf den Antrag aus dem Jahr 2021 hin. Er ist der Auffassung, dass noch keine verbindliche Umsetzung zu erkennen sei und seine Fraktion eine Verbesserung erreichen wolle. Herr Grobecker (B'90/Grüne) führt aus, dass seine Fraktion mit dem Antrag unterstreichen wolle, dass mehr Geschwindigkeit in die Angelegenheit komme.

Herr Dr. Bleicher weist auf die Erläuterungen hin, die er verschickt habe und erklärt, dass eine Machbarkeitsstudie im März an den Gutachter PWC vergeben wurde. Der Kreis Warendorf habe keine Fördermittel erhalten, da es schon andere Projekte zum Thema „On-Demand-Verkehr“ im Münsterland, wie z. B. in Münster, Gronau und Senden, gebe. Herr Dr. Bleicher erklärt, dass die Kosten aus dem Teilraumkonto getragen werden und die Ergebnisse in der nächsten Sitzung des UKMP vorgestellt werden sollen. Er ergänzt, dass die Umsetzung eines solchen Projektes eine hohe finanzielle Belastung für die kommunalen Haushalte darstelle.

Herr Schmedding (CDU) sieht den Zeitungsartikel zu dem Thema als kritisch, da die Verwaltung aktiv an dem Thema gearbeitet habe. Er weist ebenfalls daraufhin, dass der Schwerpunkt bei den Kommunen zu sehen sei.

Herr Gutsche (CDU) stellt heraus, dass es sich um einen laufenden Prozess zur Feststellung der Möglichkeiten für eine Umsetzung handele.

Frau Grap (B'90/Grüne) erklärt, dass sie eine schnellere Umsetzung des Prozesses erwartet habe. Anschließend erklärt Sie, dass Ihre Fraktion ein Pilot-Projekt wünsche und betont die Wichtigkeit der Einholung eines Gutachtens. Die Fraktion B'90/Grüne habe sich das Projekt zu diesem Thema in Gronau vorstellen lassen. Sie stellt heraus, dass so ein Projekt nicht günstig, dafür aber sehr bürgerfreundlich sei. Sie erklärt, dass ihre Fraktion damit einverstanden wäre, wenn 20.000 € mit einem Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt würden, falls die Mittel aus dem Teilraumkonto nicht ausreichen sollten.

Frau Maschelski-Werning (SPD) betont, dass es nicht notwendig sei, weitere Mittel in den Haushalt einzustellen, da diese über das Teilraumkonto zur Verfügung stünden. Sie erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag aus diesem Grund nicht mittragen werde.

Herr Blex (AfD) hebt hervor, dass das Projekt bürgerunfreundlich für die sei, die es bezahlen müssen.

Frau Nienkemper (FWG) erklärt, dass man sehen müsste, was sinnvoll und machbar sei und regt an, erst die Mittel aus dem Teilraumkonto und dann erst Mittel aus dem Kreishaushalt zu verwenden.

Herr Ommen (SPD) betont, dass es sich beim On-Demand-Verkehr um eine kommunale Angelegenheit handele. Die Studie solle zeigen, wo es Sinn mache. Er fügt hinzu, dass es dann in der Verantwortung der Kommunen liege, ob ein On-Demand-Verkehr gewünscht sei.

Herr Gutsche (CDU) schließt sich dem an und hebt hervor, dass es zunächst um eine Machbarkeitsstudie gehe, damit festgestellt werden könne, ob die Einrichtung eines On-Demand-Verkehr sinnvoll wäre und wie sich die Kostenstruktur darstellen könnte. Für den Fall, dass die Mittel aus dem Teilraumkonto nicht ausreichen sollten, sollen weitere Mittel in vernünftiger Form zur Verfügung gestellt werden.

Herr Richter (FDP) schlägt vor, die Ergebnisse der Studie abzuwarten und dann ggf. weitere Mittel in den Haushalt einzustellen.

Daraufhin betont Frau Maschelski-Werning (SPD) erneut, dass kein Grund bestehe zusätzliche Mittel in den HH einzustellen.

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass die aus dem Teilraumkonto zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen werden um das Gutachten zu bezahlen und man die von der Fraktion B'90/Grüne vorgeschlagenen 20.000 € mit Sperrvermerk versehen könne, falls die Mittel widererwarten nicht ausreichen sollten.

Herr Schmedding (CDU), Frau Grap (B'90/Grüne) und Frau Nienkemper (FWG) schließen sich dem Vorschlag an.

Frau Grap (B'90/Grüne) bittet um Änderung des vorliegenden Antrages auf 20.000 €.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden im Frühjahr im UKMP vorgestellt.
2. Es werden 20.000 € in den Haushalt 2024 eingestellt, die mit einem Sperrvermerk versehen werden.
3. Wenn die Ergebnisse der Studie zeigen, dass ein konkreter Modellversuch in 2024 geplant werden soll, könnte das Modell-Projekt in den Jahren 2025 - 2027 vorbehaltlich der Berücksichtigung in diesen Haushaltsjahren durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12

Nein 6 (4 SPD; 1 AfD; 1 FDP)

Enthaltung 1 (Die Partei)

Produktgruppe 12:

Antrag der FWG-Fraktion vom 29.10.2023 zum Haushaltsplan 2024;

hier: 5. Spiegelstrich „Kostenexplosion im Produktbereich 12“

Herr Terwey erklärt die wesentlichen Steigerungen in den Jahren 2023 – 2027. Hierzu gehören unter anderem die Kostensteigerungen im Bereich der Verkehrsleistungen, der Personalkosten sowie eines Einmaleffekts im Bereich des Teilraumkontos im ÖPNV und die Abschreibungen für den Breitbandausbau.

Nach den Erläuterungen von Herrn Terwey zu den wesentlichen Steigerungen im Produktbereich 12 erklärt Frau Nienkemper (FWG) den Antrag zu diesem Punkt als erledigt.

Produkt 140310

Antrag der Fraktion „B'90/Grüne“ zur Erhöhung der Kreismittel für Energetische Gebäudesanierung

Frau Grap (B'90/Die Grünen) erläutert den Antrag ihrer Fraktion und betont, dass die Wärmewende ein großes Problem darstelle und die Öffentlichkeit gut informiert werden müsse. Sie hebt hervor, dass insbesondere Gebäude, die vor 1988 erbaut wurden, ein größeres Problem darstellen und sich nicht jeder die Sanierung leisten könne. Sie schlägt vor, dass das Klimamanagement der Kreisverwaltung Informationen bündeln und evtl. in einem Portal vorstellen könnte.

Herr Dr. Blex (AfD) lehnt den Vorschlag ab.

Herr Schmedding (CDU) schließt sich dem Antrag an, da die Beratung ein wichtiger

Aspekt sei und schlägt vor, den Ansatz um 5.000 € zu erhöhen.

Auf Nachfrage von Herr Ommen (SPD) erklärt Frau Grap (B'90/Die Grünen), dass sie sich vorstelle, dass das Geld für das Klimamanagement, die Netzwerkarbeit und für Online-Infos zur Verfügung gestellt werde und erklärt sich bereit den Antrag zu ändern und den Ansatz nur um 5.000 € zu erhöhen.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der für den gesamten Bereich der Sensibilisierung zur Gebäudesanierung eingestellte Betrag in Höhe von 10.000 wird auf **15.000 €** erhöht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 17

Nein 1 (AfD)

Enthaltung 1 (FDP)

Im Anschluss an die Beratung der Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2024 erkundigt sich Herr Gutsche (CDU), ob es weitere Fragen aus dem Gremium gebe.

Daraufhin meldet sich Herr Ommen (SPD) zu Wort und weist auf die Position „MobiTicket“ im Produkt ÖPNV (120210) hin. Er bittet zum Sommer um eine Darstellung der Inanspruchnahme der verschiedenen Ticketarten.

Zudem erklärt er, dass ein Beschluss zum Antrag der Fraktion B'90/Grüne zum On-Demand-Verkehr nicht erforderlich gewesen wäre und sich die SPD-Fraktion aus diesem Grund bei der Abstimmung über den Entwurf der Haushaltsplanes 2024, soweit eine Zuständigkeit des UKMP gegeben ist, enthalten werde.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 wird, soweit eine Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 14

Nein 1 (AfD)

Enthaltung 4 (SPD)

10.	Anfrage der FWG-Fraktion zum Thema "Kommunale Wärme- planung"	235/2023
------------	--	-----------------

Frau Nienkemper (FWG) erklärt, dass den Kommunen viele Aufgaben überlassen werden und sie sich eine Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Kreis und den Kommunen wünsche.

Daraufhin erklärt Herr Hackelbusch, dass sich die Klimamanager des Kreises und der Städte und Gemeinden mehrmals im Jahr austauschen und in Arbeitskreisen zusammenarbeiten. Gerade mit den Kommunen finde ein reger Austausch statt.

Beschlussvorschlag: zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Gutsche (CDU) um 12.00 Uhr die Sitzung.

gez.

Guido Gutsche
Vorsitzender

gez.

Dr. Herbert Bleicher
Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt